

Datenschutzerklärung für Beamtinnen*Beamte/Beschäftigte der Stadtverwaltung Dortmund

Liebe Mitarbeiterin, lieber Mitarbeiter,

seit dem 25. Mai 2018 gilt die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Diese sieht erweiterte Informationsverpflichtungen vor. Daher informieren wir Sie – in Erfüllung der rechtlichen Vorschriften – über die von uns durchgeführten Datenverarbeitungen. Wir weisen darauf hin, dass es sich um Datenverarbeitungen handelt, die wir bereits in der Vergangenheit durchgeführt haben und sich daher im Dienst-/ Beschäftigungsverhältnis keine Änderungen ergeben.

Im Rahmen Ihres Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses werden die von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten (z.B. Lebenslauf, etc.) sowie jene, die aufgrund des Dienstverhältnisses/Beschäftigungsverhältnisses anfallen (z.B. Gehaltsdaten, Krankenstände und Pflegeurlaub), verarbeitet.

Name und Anschrift der verantwortlichen Stelle

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Stadt Dortmund
Der Oberbürgermeister
44122 Dortmund
E-Mail-Adresse: behoerdenleitung@stadtdo.de

Die behördliche Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter:

Stadt Dortmund
Die Datenschutzbeauftragte
44122 Dortmund
E-Mail-Adresse: datenschutz@stadtdo.de

Allgemeine Datenverarbeitung im Rahmen des Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses

Ihre personenbezogenen Beschäftigtendaten werden für Zwecke des Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses von uns zur Durchführung und Verwaltung Ihres Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses i.S.d. § 18 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DSGVO verarbeitet.

Die Verarbeitung und Übermittlung der Daten erfolgt für die Lohn-, Gehalts-, Entgeltsverrechnung, Berechnung und Auszahlung von Kindergeld und Einhaltung von Aufzeichnungs-, Auskunfts- und Meldepflichten, soweit dies auf Grund von Gesetzen oder Normen kollektiver Rechtsgestaltung oder arbeitsvertraglicher Verpflichtungen jeweils erforderlich ist, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z.B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten. Ohne diese Daten können wir den Arbeitsvertrag/das Dienstverhältnis mit Ihnen nicht abschließen bzw. durchführen.¹ Dies gilt auch für externe Bildungs- und Weiterbildungsangebote und für die Veröffentlichung von Kontaktdaten im Internet zur Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflichten.

Betroffene Kategorien personenbezogener Daten

Folgende, Sie betreffende personenbezogenen Daten und Kategorien von Daten werden für vorstehende Zwecke von uns erhoben:

¹ **Anmerkung:** Das betrifft nur jene Daten, die tatsächlich zum Abschluss und/oder Durchführung des Vertrages unbedingt notwendig sind.



- Persönliche Daten (Vor- und Nachname, ggf. Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Familienmitglieder/Bezugspersonen, Steuermerkmale, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Anschrift, private Telefonnummer, etc.),
- Bewerbungsunterlagen,
- Angaben zur schulischen Ausbildung und berufliche Qualifikationen,
- Kerndaten des Arbeitsvertrages (Besoldungs-/Gehaltsgruppe, Anspruch auf Erholungsurlaub, etc.),
- Arbeitszeit, An- und Abwesenheitszeiten, Fehlzeiten,
- Ggf. Gewerkschaftszugehörigkeit
- Ggf. Angaben über Behinderungen nach dem SGB IX,
- Ggf. Angaben zu Lohnpfändungen, Lohnabtretungen sowie
- Ggf. Abschriften von polizeilichen Führungszeugnissen, etc.,
- Ggf. Privatabzüge (bspw. Sterbekasse, Entgeltumwandlung)

Wir werden auch weiterhin die zur Durchführung des Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses erforderlichen weiteren Daten zur Ermittlung der Vergütung, von Ansprüchen auf Erholungsurlaub, zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, zur Weiterbildung und Qualifikation verarbeiten.

Eine Übermittlung der im jeweiligen Einzelfall relevanten Daten erfolgt auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen des § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 DSGVO i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DSGVO bzw. vertraglicher Vereinbarung insbesondere an folgende Stellen:

- Sozialversicherungsträger (einschließlich Betriebskrankenkassen),
- Finanzamt,
- Andere Arbeitgeber/Dienstherrn des öffentlichen Dienstes
- Industrie- und Handelskammer,
- Gesetzliche Interessenvertretungen,
- Betriebsärzte,
- Bildungs- und Weiterbildungsanbieter,
- Wahlvorstand für Personalratswahlen,
- Organe der Interessenvertretung (insbesondere Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte etc.),
- Rechtsvertreter,
- Gerichte,
- Gläubiger der betroffenen Person sowie sonstige an der allenfalls damit verbundenen Rechtsverfolgung Beteiligte, auch bei freiwilligen Gehaltsabtretungen für fällige Forderungen,
- mit der Auszahlung an die betroffene Person oder an Dritte befasste Banken und Sparkassen,
- vom Arbeitnehmer angegebene Gewerkschaft, mit Einwilligung der betroffenen Person,
- Mitversicherte,
- Arbeitsverwaltung, Zollverwaltung,
- Pensionskassen,
- Versicherungsunternehmen im Rahmen einer bestehenden Gruppen- oder Einzelversicherung,

Bitte geben Sie diese Information auch an Personen weiter, die auf Ihrer Seite im Rahmen der Durchführung der Geschäftsbeziehung einbezogen werden, wie z. B. Familienmitglieder, Erben oder Bevollmächtigte.

Datenverarbeitung für Zwecke der Verwaltung und Sicherheit des Systems

Aufgrund der geltenden gesetzlichen Datensicherheitsbestimmungen werden eine Reihe Ihrer Daten für die Verwaltung und Sicherheit des Systems verarbeitet, wie etwa zur Verwaltung von Benutzerkennzeichen/Benutzerkonten, die Zuteilung von Hard- und Software an die Systembenutzer sowie für die Sicherheit des Systems. Dies schließt automationsunterstützt erstellte und archivierte Textdokumente (wie z.B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten mit ein. Ohne diese Datenverarbeitung ist ein sicherer Betrieb des Systems und damit eine Beschäftigung in unserer Verwaltung nicht möglich.

Veröffentlichung beruflicher Kontaktdaten im städtischen Telefonbuch/Intranet ²

Zur Kontaktaufnahme durch Kolleginnen*Kollegen werden berufliche Kontaktdaten im Intranet veröffentlicht. Dies erfolgt aus unserem berechtigten Interesse an einem reibungslosen Geschäftsablauf.

Veröffentlichung beruflicher Kontaktdaten auf der Internetseite der Stadt Dortmund ³

Zur Kontaktaufnahme durch Kundinnen*Kunden werden vereinzelt berufliche Kontaktdaten von Beamtinnen*Beamten/Beschäftigten im Internet veröffentlicht. Dies dient unserem berechtigten Interesse an einem reibungslosen Geschäftsablauf.

Die Veröffentlichung von Kontaktdaten zum Zwecke der Information, erfolgt ausschließlich auf Grundlage einer schriftlichen Einwilligung der betroffenen Person gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

Datenverarbeitung im Falle von Arbeitsrechtsstreitigkeiten/gerichtlichen Disziplinarverfahren

Kommt es im bestehenden Dienst-/Beschäftigungsverhältnis oder nach dessen Beendigung zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, werden die für eine zweckentsprechende Rechtsverfolgung notwendigen Daten an Rechtsvertreter und Gerichte übermittelt.

Herkunft personenbezogener Daten

Die vorstehend genannten personenbezogenen Daten beruhen auf Ihren Angaben. Zudem erhalten wir Sie betreffende personenbezogene Daten von den Finanzbehörden und den Trägern der Sozialversicherung, Strafverfolgungsbehörden, Gesundheitsämtern/arbeitsmedizinische Diensten, anderen Dienstherrn/Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes.

Verarbeitung freiwilliger Angaben – Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a)

Die Angabe Ihres Religionsbekenntnisses erfolgt freiwillig, sofern sie nicht im Zusammenhang mit der Erhebung von Kirchensteuer pflichtig ist.

Die Angabe Ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit erfolgt freiwillig und auf Grundlage Ihrer Einwilligung, wenn Sie den Gewerkschaftsbeitrag über den Arbeitgeber abführen lassen.

Sofern Sie einen Notfallkontakt hinterlegen möchten (bspw. vor dem Hintergrund bestehender Unverträglichkeiten, Allergien etc.) erfolgt die Angabe freiwillig.

Die Veröffentlichung Ihres Fotos im Intranet/auf der Internetseite der Stadt Dortmund erfolgt freiwillig und auf Grundlage Ihrer Einwilligung.

Alle Einwilligungen können unabhängig voneinander jederzeit widerrufen werden. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten und damit die entsprechenden Rechte, Vorteile etc. nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Für einen Widerruf oder allgemeine Informationen wenden Sie sich bitte an die jeweils verantwortliche Dienststelle.

Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Die*der Beamtin*Beamte/Beschäftigte ist im Rahmen eines Dienst-/Beschäftigungsverhältnisses verpflichtet, zur Erfüllung gesetzlicher und sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen personenbezogene Daten in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie es zur Vertragserfüllung erforderlich ist. Ohne die Bereitstellung der erforderlichen Daten kann eine Beschäftigung bei uns nicht erfolgen.

^{2, 3} **Anmerkung:** Gilt nicht für Fotos! Siehe dazu bei den freiwilligen Angaben.

Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)

Eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) erfolgt bei uns nicht. Sollten wir das Verfahren in Einzelfällen künftig anwenden, werden Sie hierüber gesondert informiert, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zwecks ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen.

Ihre Rechte

Sie haben jederzeit das Recht auf

- Auskunft (Art. 15 DSGVO),
- Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Löschung (Art. 17 DSGVO),
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) der Sie betreffenden Daten.
- Beruht die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO, können Sie diese jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt hiervon unberührt.
- Sie haben das Recht, über mutmaßliche Verstöße gegen die EU-DSGVO Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu führen.

Sie haben das Recht, die bereitgestellten Daten von uns in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder zu verlangen, dass wir die Daten an einen anderen Verantwortlichen übermitteln, sofern die Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO vorliegen.

Sie haben jederzeit das Recht, aus persönlichen Gründen Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu erheben, die zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Berechtigten Interessen Dritter erforderlich ist (Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 f) EU-DSGVO).

Für eine zügige Bearbeitung bitten wir Sie, Ihre Anträge über die Ausübung Ihrer Rechte schriftlich an die*den Datenschutzbeauftragte*n der Stadt Dortmund zu richten.